

VdK-KV Nordthüringen, Fräuleinstraße 12, 06556 Artern

Kreisverband Nordthüringen

Fräuleinstraße 12

06556 Artern

Telefon/Fax: 0 34 66 – 32 17 70

E-Mail: kv-nordthueringen@vdk.de

www.vdk.de/kv-nordthueringen

Sprechstunden:

Artern: dienstags

Sondershausen: mittwochs

Nordhausen: donnerstags

jeweils: 9 – 12 und 13 – 15 Uhr

Nordhausen: donnerstags

jeweils: 9 – 12 und 13 – 15 Uhr

MdB

Kersten Steinke (DIE.LINKE),

Steffen-Claudio Lemme (SPD),

Patrick Kurth (FDP),

Manfred Grund (CDU)

Johannes Selle (CDU)

Artern, 18.10.2010

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

mit großer Sorge verfolgen wir die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland.

Sei es die Finanzierungsreform der gesetzlichen Krankenversicherung oder das sogenannte „Sparpaket“, sei es die „Rente mit 67“ oder die öffentlich in Frage gestellte Rentengarantie – all diese Vorhaben sind geeignet, das soziale Gleichgewicht in unserem Lande weiter in Schieflage zu bringen.

Der Sozialverband VdK Deutschland hat daher eine bundesweite Protestaktion mit der Forderung „Stoppt den Sozialabbau!“ ausgerufen, an der sich auch der Sozialverband VdK Hessen-Thüringen mit seinen Untergliederungen und seinen 213.000 Mitgliedern beteiligt.

Wir wissen, dass die parlamentarischen Beratungen in den nächsten Wochen und Monaten anstehen, und halten es daher für unsere Pflicht, Sie auf unsere sozialpolitischen Bedenken aufmerksam zu machen. Nachfolgend unsere Einschätzung in Stichworten:

- Die geplante Finanzierungsreform der gesetzlichen Krankenversicherung ist ein gefährlicher Systemwechsel weg von den Grundsätzen der Parität und Solidarität und hin zu einer einseitigen und unsolidarischen Belastung der Versicherten, weil
 - die Arbeitgeberbeiträge eingefroren werden sollen und deshalb weitere Kostensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ausschließlich zum Nachteil der Versicherten gehen würden;
 - die geplanten Zusatzbeiträge unabhängig vom Einkommen für alle Mitglieder derselben Krankenkasse gleich hoch sein sollen und deshalb Menschen mit niedrigem Einkommen (prozentual) weitaus stärker belasten als Besserverdienende;
 - der geplante Sozialausgleich selbst bei niedrigem Einkommen nicht zu einer spürbaren Entlastung führen würde und
 - die Zusatzbeiträge sehr bald ansteigen und als Kopfpauschale zu einem wichtigen Finanzierungsfaktor der gesetzlichen Krankenversicherung heranwachsen werden.

- Das Sparpaket ist in höchstem Maße unsozial, weil
 - fast 40 Prozent des bis 2014 angestrebten Sparziels von 80 Milliarden Euro den sozialen Bereich betreffen und von den Verursachern der Finanzmarktkrise so gut wie keine Rede ist und
 - durch die Kürzungen bei den Wiedereingliederungsmaßnahmen ins Arbeitsleben sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Armut in unserem Land weiter ansteigen werden.

Bedenken Sie bitte auch, dass es einer Witwe, die wegen ihrer niedrigen Rente Wohngeld bekommt, nicht zu vermitteln sein wird, dass ihr der Heizkostenzuschuss von monatlich 24,00 Euro gestrichen wird, während die verstaatlichte Hypo Real Estate als Mitverursacherin der Finanzkrise und trotz eines Verlustes von circa 2,2 Milliarden Euro im Einverständnis mit dem Bundesfinanzministerium ihren Managern für das Jahr 2009 insgesamt rund 25 Millionen Euro an Boni auszahlt.
- Die „Rente mit 67“ ist nichts anderes als eine kräftige Rentenkürzung, weil
 - nach wie vor die derzeit geltende Altersgrenze von 65 Jahren regelhaft nicht erreicht wird – lediglich ein Fünftel der 60- bis 64-Jährigen in Deutschland ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Die Rentengarantie muss erhalten bleiben, weil
 - in den letzten 10 Jahren Nachhaltigkeitsfaktor, Riesterfaktor und Nachholfaktor bereits zu wiederholten Nullrunden und einem Absinken des Rentenniveaus geführt haben und
 - die angekündigte Nachholung dieser zum Teil ausgesetzten Faktoren unzumutbare, weitere Einkommenseinbußen für die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner mit sich bringen würde.

Um es ganz deutlich zu sagen: Wir befürchten ernsthaft, dass sich durch die geplante Sozialgesetzgebung die ohnehin voranschreitende Spaltung innerhalb unserer Gesellschaft weiter verschärfen wird.

Als gewählte Vertreter des VdK-Kreisverbands Nordthüringen (Kreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis) appellieren wir daher an Ihre Verantwortung als Mitglied des Deutschen Bundestages und bitten Sie eindringlich, unsere hier nur schlagwortartig vorgebrachten Argumente in die bevorstehenden parlamentarischen Diskussionen einzubringen.

Es hängt auch von Ihrer Stimme ab, ob der Sozialstaat ein Modell der Zukunft bleibt oder schrittweise zu einem Almosenstaat umgebaut wird.

Wir und unsere Mitglieder zählen auf Sie.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Bernd Reiber
Kreisvorsitzender

